



Lagebericht zum Jahresabschluss 2011

zum 31. Dezember 2011





Inhaltsverzeichnis

I	ALLGEMEINE HINWEISE, RECHTSGRUNDLAGEN, KENNZAHLEN.....	4
A	Allgemeine Hinweise und Rechtsgrundlagen	4
II	KURZFASSUNG FÜR EILIGE LESERINNEN.....	6
III	ALLGEMEINE LAGE DER HANSESTADT	8
A	Rahmenbedingungen und Organisation der Verwaltung	8
B	Gemeindefläche.....	8
C	Konjunkturpolitik.....	8
D	Steuerpolitik	8
E	Gemeindespezifische Wettbewerbsverhältnisse	9
F	Einwohnerzahl	11
G	Zahl der Haushalte	11
H	Einwohnerentwicklung.....	11
I	Altersstruktur	11
J	Erwerbslosenquote und Beschäftigungsentwicklung	11
K	Bruttoinlandsprodukt und Einkommen.....	12
L	Nachfrage nach kommunalen Leistungen	12
M	Kostenentwicklung.....	13
IV	ERTRAGSLAGE DER HANSESTADT.....	14
A	Ergebnisrechnung	14
B	Gesamteinschätzung zur Ertragslage	21
V	VERMÖGENS-, SCHULDEN- UND FINANZLAGE DER HANSESTADT	22
1	Vermögens- und Schuldenlage.....	22
A	Bilanz.....	22
B	Eigenkapitalquote I.....	22
C	Eigenkapitalquote II.....	22
D	Anlagendeckungsgrad II.....	23
2	Finanzlage.....	23
A	Investitionsquote I.....	24
B	Liquidität 2. Grades	26
C	Pro-Kopf-Verschuldung	27
3	Gesamteinschätzung zur Vermögens- und Finanzlage	27
VI	VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG	28
A	Doppik-Einführung.....	28
B	Flughafen - Infratil.....	28
C	Erhalt der Universität Lübeck.....	28
D	Rechtsprechung Erbbauzinsen.....	28
VII	CHANCEN, RISIKEN UND PROGNOSEN	29
A	Konsolidierung des städtischen Haushalts	29
B	Steuerreform	29
C	Schuldenbremse.....	29
D	weitere Einflussfaktoren von außen.....	30
E	Konsolidierungsfonds	30
F	Flughafen	30

G Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH	30
H Metropolregion	30
I Tourismus	31
J Zinsänderungsrisiko	31
K Risiko der Fehlbewertung von Pensionsrückstellungen	31
L Prognosen	32
Zusammenfassende Einschätzung	33
VIII ANLAGEN	34
A Investitionsmaßnahmen	34

I Allgemeine Hinweise, Rechtsgrundlagen, Kennzahlen

A Allgemeine Hinweise und Rechtsgrundlagen

Die Hansestadt Lübeck hat zum 1. Januar 2010 das Rechnungswesen von der Kameralistik auf das neue System der Doppik umgestellt und nun den ersten Folge-Jahresabschluss 2011 vorgelegt.

Der erste Jahresabschluss 2010 wurde im Sommer 2014 erstellt. Dieser hätte mit dem Lagebericht nach § 95 m Abs. 2 GO bis spätestens zum 31. März 2011 erstellt sein müssen. Angesichts des erheblichen Umfangs an zu bilanzierenden Vermögens- und Schuldwerten sowie der erstmals nach den Kriterien der Doppik zu erfassenden zahlreichen Geschäftsvorfälle der Hansestadt war die Verzögerung mit der gravierenden Abweichung zum regulären Vorlagetermin erforderlich, was auch durch die Einschätzungen des Landes in ähnlichen Fällen unterstützt wird.

Nach Vorgabe des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein wurde im Rahmen der Genehmigung des Haushaltes der Hansestadt für das Jahr 2014 festgelegt, dass der Bürgerschaft ein entsprechender Zeitplan vorzulegen und fortzuschreiben ist. Diese Regelung wird von Seiten des Ministeriums als Ansatz für eine allgemeine Verfahrensweise gesehen, so dass sie mit Schreiben vom 15.12.2014 als Entwurf eines Erlasses zur verbindlichen Vorgabe für alle Kommunen im Land formuliert wurde. Adressat sind Kommunen, deren Jahresabschlüsse bis einschließlich 2010 nicht vorliegen. Die Hansestadt hat diesen Status längst überschritten. Gleichzeitig stellt das Ministerium fest: „Leider ist es nicht ungewöhnlich, dass es bei Kommunen in den ersten Jahren nach der Umstellung auf die Doppik zu Verzögerungen bei der Erstellung des Jahresabschlusses kommen kann.“

Der Jahresabschluss 2011 folgt nun innerhalb nur eines weiteren Kalenderjahres. Für die folgenden Jahresabschlüsse bis zum Erreichen der rechtmäßigen Vorlage zum 31.3.2020 sind die Fertigstellungstermine konkret mit stetig kürzerem Arbeitszeit-Volumen wie folgt geplant.

Zeitplan zur Vorlage von Jahresabschlüssen:

Jahresabschluss	Vorlage	Prüfungsabschluss	Beschluss	Veröffentlichung
2011	15.05.2015	04.03.2016	30.06.2016	30.09.2016
2012	13.05.2016	18.11.2016	23.02.2017	07.04.2017
2013	04.11.2016	05.05.2017	28.09.2017	31.10.2017
2014	19.05.2017	24.11.2017	29.03.2018	27.04.2018
2015	17.11.2017	25.05.2018	27.09.2018	31.10.2018
2016	25.05.2018	23.11.2018	28.03.2019	30.04.2019
2017	23.11.2018	24.05.2019	26.09.2019	31.10.2019
2018	30.04.2019	29.11.2019	26.03.2020	30.04.2020
2019	31.03.2020	30.09.2020	26.11.2020	18.12.2020



Mit der Genehmigung des städtischen Haushaltes für 2015 bittet das Ministerium nichtsdestotrotz um Beschleunigung der Vorlage der Jahresabschlüsse. Insbesondere soll im Vergleich zum aktuellen Zeitplan der Zeitraum für die Erstellung des Jahresabschlusses 2012 um ein halbes Jahr verkürzt werden. Eine solch gravierende Verkürzung kann derzeit nicht realisiert werden.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses 2011 war die Prüfung des Vorjahresabschlusses noch nicht abgeschlossen.

Der Systemwechsel zur Umstellung auf die Doppik ist mit den ersten Jahresabschlüssen noch nicht abgeschlossen. Die Erfahrungen bei der Erstellung doppischer Jahresabschlüsse der Hansestadt sind weiter zu verstetigen und müssen langfristig als praktikable und rechtmäßige Verfahrensweisen routiniert umgesetzt werden. Zudem sind weiterhin Verwaltungsverfahren anzupassen, die auch vor der Einführung der Doppik nicht immer zu einwandfreien und beanstandungslosen Ergebnissen geführt haben können.

Nach § 56 GemHVO-Doppik können bestimmte Änderungen an der Eröffnungsbilanz in den fünf darauf folgenden Jahresabschlüssen (bis zum Jahresabschluss 2014) ergebnisneutral berücksichtigt werden. Insoweit unterliegen Aussagen im Lagebericht, die auf Jahresabschluss-Angaben mit Bezug zur Eröffnungsbilanz oder zum Vorjahresabschluss basieren, ebenfalls einer Korrektoreventualität.

Als nächster Meilenstein des Umstellungsprozesses auf die Doppik ist der erste Gesamtabschluss nach § 53 GemHVO-Doppik vorgesehen. Die Vorlage dieses Konzernabschlusses ist geplant, nachdem der erste Jahresabschluss im zeitlich rechtmäßigen Rahmen bis zum März des Folgejahres erstellt worden ist. Vorbereitende Maßnahmen sind eingeleitet.

Nach § 52 GemHVO-Doppik ist der Lagebericht so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu enthalten. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Der Lagebericht ist somit ein weiteres Instrument zur Darstellung der wirtschaftlichen Situation neben dem Jahresabschluss, das insbesondere auch die zeitliche Lücke zwischen dem Bilanzstichtag und dem Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses mit dem Lagebericht schließen soll. Angesichts des inzwischen sehr erheblichen Zeitraumes wurde auf die wesentlichen Ereignisse fokussiert.

Sollten nicht ausdrücklich Angaben zur Maßeinheit dem Kontext zu entnehmen sein, ist von Beträgen in Euro (€) auszugehen. Gerundete Beträge sind einzeln gerundet. Summen wurden nicht angepasst.

II Kurzfassung für eilige LeserInnen

Vorab sei auf wenige markante Daten zum Jahresabschluss hingewiesen, ohne auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Einzelnen einzugehen. Diesbezüglich sei auf die entsprechenden Erläuterungen im weiteren Teil des Lageberichts und auf den Jahresabschluss verwiesen:

- Die Hansestadt ist weiterhin bilanziell überschuldet. Aufgrund des Jahresfehlbetrags und Eröffnungsbilanzkorrekturen auch im Jahre 2011 weist sie inzwischen einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von insgesamt ca. 73,3 Mio. € aus.
- Dem entsprechend weist die Eigenkapitalquote I den sehr niedrigen Wert von nur - 4,98 % aus (Vorjahr: -1,6 %). Auch bei zusätzlicher Berücksichtigung der Sonderposten als eigenkapitalähnliche Werte, ergibt sich als Eigenkapitalquote II nur ein geringer Anteil an der Bilanzsumme von ca. 8,58 %. Mit 84 % dominiert das Fremdkapital mit Rückstellungen (425 Mio. €) und Verbindlichkeiten (814 Mio. €) die Bilanz.
- Die dauernde Leistungsfähigkeit der Hansestadt Lübeck ist nicht gegeben.
- Im Haushaltsjahr 2011 entstand ein Jahresfehlbetrag von ca. 46,5 Mio. €; das Jahr konnte damit deutlich besser als erwartet abgeschlossen werden. Der Planfehlbetrag betrug 100,8 Mio. €.
- Der ordentliche Aufwand betrug ca. 619,5 Mio. € (Vorjahr: 590 Mio. €), der ordentliche Ertrag ca. 594,9 Mio. € (Vorjahr: 576 Mio. €). Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 96,0 % (Vorjahr: 97,6 %). Aus eigener Kraft und den regelmäßigen Erträgen schaffte die Hansestadt keinen Haushaltsausgleich.
- Die Summe der ordentlichen Aufwendungen liegt um ca. 27,7 Mio. € über dem geplanten Wert. Dem stehen im Vergleich zum Plan um 68,3 Mio. € höhere ordentliche Erträge gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahr sind die ordentlichen Erträge um 18,7 Mio. € gestiegen.
- Die Abschreibungen betragen im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 36,3 Mio. € (Vorjahr: 42,7 Mio. €). Investitionen konnten diese Wertverluste nicht vollständig abfangen, die Investitionsquote lag im Geschäftsjahr 2011 nur bei 91,5 % (Vorjahr 112,5 %). Durch Mehrleistungen im Vorjahr wird der Zielwert von 100 % jahresübergreifend angenähert.
- Die erhebliche Reduzierung der Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus der Regelung nach § 41 Abs. 3 GemHVO-Doppik. Danach sind geförderte Unterhaltungsleistungen zu aktivieren, und im selben Jahr wieder abzuschreiben, wenn keine zusätzlichen Werte entstanden sind. Im Vergleich zum Vorjahr wurden hier wegen geringerer Winterschäden um ca. 5,3 Mio. € weniger ausgebucht.
- Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts wurden im Jahre 2011 fortgesetzt.
- Das Finanzergebnis beträgt -22,4 Mio. € und spiegelt die erhebliche Verschuldung der Hansestadt wider. Der Saldo aus Zinsaufwendungen und Zinserträgen ist um 13,4 Mio. € ebenfalls deutlich besser als geplant ausgefallen.



- Die Hansestadt konnte zu jedem Zeitpunkt im Jahre 2011 ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen.
- Bei gleichen Tilgungsleistungen und Kreditneuaufnahmen werden die Schulden nicht in absehbarer Zeit reduziert werden können. Diese Betrachtung unterstreicht einmal mehr, dass die Hansestadt Lübeck ohne erhebliche Unterstützung von Land und Bund nicht aus ihrer Verschuldungssituation herauskommen wird – nicht aus eigener Kraft und auch nicht mit der aktuellen Unterstützung über den Konsolidierungsfond des Landes Schleswig-Holstein.

III Allgemeine Lage der Hansestadt

A Rahmenbedingungen und Organisation der Verwaltung

Die Hansestadt Lübeck ist eine kreisfreie Gebietskörperschaft und zweitgrößte Stadt im Bundesland Schleswig-Holstein. Lübeck gehört zu den vier Oberzentren des Bundeslandes. Das Stadtgebiet ist in 10 Stadtteile mit 35 Stadtbezirken gegliedert.

An der Spitze der Verwaltung steht seit 01.05.2000 der erste direkt vom Volk gewählte Bürgermeister Bernd Saxe. Die Verwaltung ist in fünf Fachbereiche gegliedert (Bürgermeister; Wirtschaft & Soziales; Umwelt, Sicherheit & Ordnung, Kultur & Bildung, Planen & Bauen). In der Kernverwaltung sind 3.040 MitarbeiterInnen beschäftigt.

Stadtoberhaupt der Hansestadt Lübeck ist die Stadtpräsidentin bzw. der Stadtpräsident. Die Bürgerschaft für die Legislaturperiode 2008-2013 verfügt über 60 Sitze.

B Gemeindefläche

Die Stadtgebietsfläche umfasst 21.414 ha, darunter sind städtisches Eigentum 8.149 ha. Von der Stadtfläche entfallen u.a. 21 % auf Gebäude- und Freiflächen, 9,4 % auf Verkehrsflächen, 32,7 % auf landwirtschaftliche Flächen und 14,4 % auf Wald.

Die Ausdehnung des Stadtgebietes beträgt von Nordost nach Südwest ca. 29 km, von Nordwest nach Südost ca. 11 km. Der Umfang des Stadtgebietes beträgt 120 km.

C Konjunkturpolitik

Der örtliche Arbeitsmarkt hat sich weiter als robust erwiesen. Die Zahl der Erwerbslosen ist auf 11 % gesunken (2010: 11,2 %) bei gleichzeitigem Anstieg der Beschäftigtenzahlen. Der Stadt ist hier aber auch die geringere Exportabhängigkeit der hiesigen Wirtschaft zugute gekommen.

Der Hafen hat weiter mit den Folgen der Weltfinanzkrise zu kämpfen. Der Umschlag mit 26,5 Mio. Tonnen bewegt sich auf Vorjahresniveau, aber liegt immer noch 18,1 % unter dem Vorkrisenjahr 2007 mit dem damaligen Rekordumschlag von 32,3 Mio. Tonnen. Erfreulich entwickelt sich weiter der Tourismus. Auch im Jahr 2010 stieg die Zahl der Übernachtungen weiter an und erreicht den neuen Rekordwert von 1,25 Mio. Übernachtungen (Vorjahr 1,19 Millionen).

Ebenfalls hervorzuheben ist die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die gegenüber dem Vorjahr auf 85.213 Beschäftigte angestiegen ist (2010: 83.266). Das ist der höchste Wert seit 17 Jahren.

Das Bruttoinlandsprodukt ist gegenüber dem Vorjahr um 8,5 % auf 6,7 Mrd. € gestiegen (2010: 6,2 Mrd. €) und liegt damit deutlich über dem Landesdurchschnitt von 3,5 %.

D Steuerpolitik

Der Hebesatz der Grundsteuer B wurde zum 01.01.2011 auf 500 % erhöht, ebenso wurde der Hebesatz für die Grundsteuer A auf 400 % angehoben. Der



Gewerbesteuerhebesatz bleibt unverändert bei 430 %. Der. Im November hat die Bürgerschaft die Einführung einer Übernachtungssteuer beschlossen.

E Gemeindespezifische Wettbewerbsverhältnisse

Die Hansestadt Lübeck steht im Wettbewerb mit den Umlandgemeinden bei der Ansiedlung von Familien und Unternehmen. Um den Zuzug von Familien nach Lübeck zu ermöglichen oder eine Abwanderung zu verhindern, ist es erforderlich, ausreichend Wohnbauland vorzuhalten und gegebenenfalls neu auszuweisen, damit die Nachfrage in Lübeck bedient werden kann und nicht im Umland. Mit dem Hochschulstadtteil und dem Baugebiet Bornkamp ist Lübeck der Nachfrage erfolgreich nachgekommen.

Vor diesem Hintergrund wird die Vermarktung der Grundstücke auf der nördlichen Wallhalbinsel voran getrieben. Dort soll ein neuer Stadtteil mit Wohnungen, Gastronomie und Dienstleistungsgewerbe entstehen.

Genauso gilt es im Bereich der Wirtschaftsförderung, genügend Gewerbeflächen für Neuansiedlungen und für die Bestandssicherung von Unternehmen in Lübeck vorzuhalten. Insbesondere in Richtung der neuen Bundesländer führt aber die Ungleichheit bei der Höhe der zulässigen Förderquoten nach wie vor dazu, dass Unternehmen dorthin abwandern.

Die Bürgerschaft hat in der Novembersitzung den Beitritt zur Metropolregion Hamburg beschlossen. Die Aufnahme erfolgt voraussichtlich im kommenden Jahr. Die Hansestadt Lübeck wird dann Mitglied eines Wirtschafts- und Kulturräumtes mit mehr als 5 Mio. Einwohnern. Das bietet Lübeck vielfältige neue Chancen und erhöht die Attraktivität des Standorts erheblich. Seit dem Jahr 2003 hatte sich Lübeck um eine Mitgliedschaft bemüht, ehe die Gremien der Metropolregion im Sommer dieses Jahres zustimmten.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Wirtschaftsförderung haben die Hansestadt Lübeck der Landkreis Nordwestmecklenburg eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Ziel der Zusammenarbeit ist eine abgestimmte infrastrukturelle Entwicklung und eine branchenorientierte Firmenbetreuung.

Nicht Einwohner, sondern Kunden aus der gesamten Region will Lübeck mit einer 120 Mio.-Euro-Investition an die Trave locken. Der Bau eines IKEA Einrichtungshauses samt eines skandinavischen Einkaufszentrums sowie eines Baumarktes ist mit Satzungsbeschluss zum B-Plan von der Bürgerschaft beschlossen worden. Diese Investition soll die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts stärken. Zudem werden durch das Projekt mehr als 400 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Aufenthaltsqualität in der Altstadt wird deutlich zugunsten des Handels und Tourismus verbessert. Im laufenden Jahr wurde das Programm „Mitten in Lübeck“ mit der Umgestaltung und Erneuerung der Achse vom Klingenberg bis zum Schrangem im großen Umfang realisiert. Bis zum Rathaus ist das neue Pflaster bereits verlegt, Kastenlinden gepflanzt, neue Bänke aufgestellt und die Wasserspiele installiert.

Auch in Travemünde soll die touristische Infrastruktur weiter entwickelt werden. Die Modernisierung der Strandpromenade wird bald abgeschlossen sein. Abgerissen wurde nach jahrelangem Leerstand das frühere Spaßbad Aqua Top. Derzeit ist das Grundstück mit dem Ziel in der Vermarktung, an dieser Stelle ein Hotel zu errichten.

Im Hafensbereich steht Lübeck im RoRo-Geschäft in Konkurrenz zu Kiel und Rostock und im wichtigen Geschäft mit skandinavischen Forstprodukten auch



mit Nordseehäfen in Belgien und den Niederlanden. Lübeck ist Marktführer im RoRo-Geschäft in der Ostsee und weiter der größte Umschlagsplatz für skandinavische Forstprodukte.

Die Güte der sozialen und kulturellen Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb der Städte und Regionen. Mit der Lübecker Altstadt als UNESCO-Weltkulturerbe, der vielfältigen Kulturangebote mit Museen, Bibliotheken und Theater hat sich Lübeck das Profil als Kulturhauptstadt des Nordens erarbeitet.

Die Bildungsinfrastruktur wurde weiter verbessert. Für städtische Investitionen in die Bildung war das Jahr 2011 wegweisend. Bis zum Herbst 2013 sollen vier baugleiche Dreifelderhallen errichtet. Diese Sporthallen werden in energiesparender Passivbauweise errichtet. Die Hansestadt Lübeck hat den Auftrag an die Firma Züblin vergeben, die als Generalunternehmer an den Schulstandorten Anna-Siemsen-Schule, Holstentor-Gemeinschaftsschule, und Schule-Tremser-Teich und Thomas-Mann-Schule bis Herbst 2013 diese vier Sporthallen bauen wird. Die Hallen kosten insgesamt 11,2 Mio. Euro. Die Grundsteinlegung für die Sporthalle der Thomas-Mann-Schule erfolgte im November. Sie soll bis zu den Sommerferien 2012 fertig sein.

Kurz vor der Vollendung steht das Berufsschulzentrum (BSZ) Georg-Kerschensteiner-Straße. Bereits im April 2012 soll das zwei- bis dreigeschossige Gebäude mit einem Investitionsvolumen von fast 14 Mio. Euro fertig gestellt sein.

Im sozialen Bereich sticht der Bildungsfonds hervor. Im Jahr 2006 als Idee geboren, wird mittlerweile vom „Lübecker Modell“ gesprochen, wenn es um die Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen Haushalten geht. Denn seit dem Jahr 2011 werden die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung („Hartz IV Bildungspaket“) integriert. Gemeinsam mit dem Jobcenter baute die Hansestadt Lübeck eine unkomplizierte Struktur auf, die vor allem eins sicherstellt: Kinder und Jugendlichen erhalten schnell und unbürokratisch Unterstützung. Dort, wo das Bildungs- und Teilhabepaket nicht greift, springt der Bildungsfonds ein. Zusätzlich frei gewordene Mittel setzt der Lübecker Bildungsfonds für das Programm „Schule als Lebens- und Lernort“ ein, so dass mehr Kinder als ursprünglich vorgesehen bereits seit August 2011 in den Genuss einer verlässlichen Ganztagsbetreuung kommen.

Beim Ausbau der Kinderbetreuung - insbesondere im Bereich U3 - ist Lübeck auf einem guten Weg. Im Elementarbereich stehen 5.189 Plätze (2010: 5.211) bei gleichzeitig gestiegener Versorgungsquote auf 85,4 % (2010: 84 %) und im U3-Bereich 1.498 Plätze (2010: 1.223) zur Verfügung. Hinzu kommen 2.335 Plätze (2010: 1.979) in Betreuten Grundschulen und 410 Plätze (2010: 498) im Hortbereich.

Ende März errang Lübeck den Titel „Stadt der Wissenschaft“. In einem spannenden Finale setzte sich die Hansestadt gegen die Mitbewerber aus Halle an der Saale und Regensburg durch und ist nun „Stadt der Wissenschaft 2012“. Mit diesem Titel will die Stadt ihre Kompetenz als Wissenschaftsstandort erweitern.

Beim Wettbewerb um die Anwerbung von Fach- und Führungskräften steht die Stadt in direkter Konkurrenz zu Landesverwaltungen, die zumeist bessere Konditionen bieten können.



F Einwohnerzahl

Die Einwohnerzahl liegt Ende 2011 bei 212.305 EinwohnerInnen (2010: 212.112). Das ist eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 193 EinwohnerInnen. Des Weiteren konnte ein positiver Wanderungssaldo von 1.238 Personen verzeichnet werden.

G Zahl der Haushalte

Die Zahl der Haushalte liegt Ende 2011 bei 116.397 (2010: 115.700). Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 697 Haushalte. Wohingegen die durchschnittlichen Haushaltsgröße seit Jahren eine fallende Tendenz aufweist, die 2011 leicht auf 1,82 EinwohnerIn pro Haushalt sank, gegenüber 1,83 EinwohnerIn pro Haushalt im Vorjahr. Ebenso steigt die Zahl der Einpersonenhaushalte auf 58.220 (2010: 57.339), das entspricht einem Anteil von 50 % an der Gesamtzahl der Haushalte (2010: 49,6 %).

H Einwohnerentwicklung

Das Bevölkerungsniveau entspricht in etwa dem Jahr 1988 mit 213.669 EinwohnerInnen. Durch die Wiedervereinigung im Jahr 1990 stieg die Bevölkerung auf dem Höhepunkt auf 219.358 EinwohnerInnen (1992). In den Jahren danach nahm die Bevölkerung kontinuierlich ab. In den letzten Jahren konnte der Negativtrend gebremst und nahm ab dem Jahr 2010 wieder leicht zu.

Die Einwohnerprognose bis zum Jahr 2025 sieht einen Bevölkerungsrückgang auf 203.633 EinwohnerInnen vor. Das ist ein Rückgang von 4,1 % gegenüber dem Jahr 2011.

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt derzeit bei 19,9 % (2010: 18,9 %) und der Ausländeranteil bei 7,0 % (2010: 6,9 %), der alle MitbürgerInnen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit umfasst.

I Altersstruktur

Die Altersstruktur für das Jahr 2011 stellt sich wie folgt dar: In der Altersgruppe bis 17 Lebensjahre leben 32.300 Kinder und Jugendliche (2010: 32.544), das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 15,2 %. Die Altersgruppe 18 bis 29 Lebensjahre umfasst 32.286 Personen (2010: 32.388), das entspricht einem Anteil von 15,2 %. In der größten Altersgruppe 30 bis 64 Lebensjahre leben 98.930 Personen (2010: 98.589) mit einem Anteil von 46,6 %. Ab 65 Lebensjahre sind 48.789 Personen (2010: 48.591) mit einem Anteil von 23 % in der amtlichen Statistik verzeichnet.

J Erwerbslosenquote und Beschäftigungsentwicklung

Die Erwerbslosenquote für das Jahr 2010 liegt im Jahresdurchschnitt bei 11,0 % (11.555 Erwerbslose). Das ist eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 0,2 % oder ein Abbau von netto 195 Erwerbslosen.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg auf 85.213, das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.947 Beschäftigte oder 2,3 %. Die Gesamtbeschäftigung stieg ggü. dem Vorjahr um 894 auf nun 122.267 Erwerbstätige. Größter Wirtschaftssektor bleibt der Dienstleistungssektor mit 100.568 Erwerbstätigen. Auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist der Dienstleistungssektor der mit Abstand größte Wirtschaftssektor und konnte ggü. dem Vorjahr um 1.798 Beschäftigte auf nunmehr 66.174 Beschäftigte zulegen, das entspricht einer Steigerung von 2,8 %. Im Produzierenden Gewerbe stieg die Beschäftigung um 0,8 %.



K Bruttoinlandsprodukt und Einkommen

Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2011 ggü. dem Vorjahr um 8,5 % auf 6,7 Mrd. € gestiegen (2010: 6,2 Mrd. €) und liegt damit deutlich über dem Landesdurchschnitt von 3,5 %. Das Primäreinkommen der privaten Haushalte liegt bei 4,2 Mrd. € (2010: 4,1 Mrd. €), das entspricht einem Zuwachs von 3,7 % und liegt nur wenig unter dem Landesdurchschnitt von 3,8 %. Das verfügbare Einkommen je Einwohner stieg im Berichtszeitraum auf 18.459 € (2010: 18.223 €).

L Nachfrage nach kommunalen Leistungen

Die Nachfrage nach kommunalen Leistungen der Kernverwaltung betraf insbesondere die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur mit Straßen, Brücken, Rad- und Gehwegen, aber auch Schulen, Kinderbetreuung, Museen, Theater Schwimmbäder und Sportstätten. Hinzu kommen Verkehrsangelegenheiten, die Feuerwehr, die Entsorgung und die Straßenreinigung, der Rettungsdienst, Sozial- und Jugendhilfe, ferner die Bearbeitung von Bauanträgen und Bearbeitung von Bauleitplanungen sowie die Bereitstellung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Auszugsweise soll anhand von Zahlen die Nachfrage nach kommunalen Leistungen unterstrichen werden:

Die Hansestadt Lübeck ist für die Unterhaltung von 688,3 km Straße, 41,7 km straßengleitende Rad- und Gehwege und 225 Brücken bzw. Tunnel verantwortlich.

Im Sozialbereich betreute die Verwaltung im Jahr 2010 insgesamt 33.232 LeistungsempfängerInnen (Vorjahr 33.710). Das entspricht einer Mindestsicherungsquote (LeistungsempfängerInnen in % der Bevölkerung) von 15,7 % (Vorjahr 15,9 %). Darunter sind 15.916 Bedarfsgemeinschaften mit 29.276 Personen (Vorjahr 16.398 Bedarfsgemeinschaften mit 30.385 Personen) nach SGB II und 3.889 LeistungsempfängerInnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen nach SGB XII (Vorjahr 3.615). Hinzu kommen insgesamt 5.550 EmpfängerInnen von Hilfen in besonderen Lebenslagen (Vorjahr 5.427), darunter 3.336 EmpfängerInnen von Eingliederungshilfe (Vorjahr 3.222) und 2.016 EmpfängerInnen von Hilfen zur Pflege (Vorjahr 2.008). Die Zahl der Wohngeldempfänger liegt bei 4.500 (Vorjahr 4.761).

An den allgemeinbildenden Schulen werden im Schuljahr 2011/2012 insgesamt 20.188 SchülerInnen unterrichtet (Vorjahr 20.497). Die Stadtbibliothek verzeichnete 302.160 BesucherInnen (Vorjahr 300.077), die Lübecker Museen 266.010 BesucherInnen (Vorjahr 280.367) und das Theater Lübeck (o. Philharmonisches Orchester) in der Spielzeit 2010/2011 insgesamt 146.889 ZuschauerInnen (Spielzeit 2009/2010 141.986). Die Lübecker Schwimmbäder verzeichneten 374.388 BesucherInnen (Vorjahr 360.333). Einschließlich der Freibäder lag die Besucherzahl bei 514.381 ggü. 538.262 BesucherInnen im Vorjahr.

In der Kinderbetreuung stellt die Hansestadt Lübeck 5.189 Plätze im Elementarbereich zur Verfügung (Vorjahr 5.211), im U3-Bereich 1.498 Plätze (Vorjahr 1.223), im Hortbereich 410 Plätze (Vorjahr 498) und in Betreuten Grundschulen 2.335 (Vorjahr 1.979 Plätze) zur Verfügung.

Bei den Verkehrsangelegenheiten wurden u. a. 5.943 Fahrerlaubnisse erteilt, erweitert oder verlängert (2010: 5.959), 7.414 Kfz neu zugelassen (2008: 7.120), 20.918 Umschreibungen bzw. Wiederzulassungen (2010: 19.763),



75.596 sonstige Veränderungen im Kfz-Bestand (2010: 64.054) und 24.726 Fahrzeugstilllegen bearbeitet (2010: 23.222). Hinzu kamen 135.115 Verwarnungen bzw. Bußgeldbescheide im ruhenden Verkehr (2010: 118.720) und 145.378 Verwarnungen bzw. Bußgeldbescheide im fließenden Verkehr (2010: 129.969).

Die Meldestelle hat im Jahr 2011 u.a. 24.348 Personalausweise (2010: 27.877), 2.742 vorläufige Personalausweise (2010: 2.582), 6.994 Reisepässe (2010: 6.795), 188 vorläufige Reisepässe (2010: 132) und 1.605 Kinderreisepässe (2010: 1.311) ausgestellt und 4.305 Aufenthaltstitel erteilt (2010: 3.811). Ferner wurden 51.931 Meldevorgänge (2010: 51.745) und 4.297 Gewerbean-, um- und -abmeldungen (2010: 4.188) bearbeitet.

Die Feuerwehr rückte im Jahr 2011 zu 1.470 Brandeinsätzen aus (Vorjahr 1.223). Der Rettungsdienst verzeichnete insgesamt 56.154 Einsätze (Vorjahr 53.047).

Aufgabenträger des ÖPNV ist die Hansestadt Lübeck, die mit der Durchführung des Öffentlichen Personennahverkehrs ist die Stadtverkehr Lübeck betraut hat. Der ÖPNV verzeichnete 29,1 Millionen Beförderungsfälle im Jahr 2010 (Vorjahr 31,6 Mio.). Die Priwallfähre beförderte 1,96 Mio. zahlende Personen (Vorjahr 2,6 Mio.), 827.000 Kfz (Vorjahr 896.000), 10.000 Nutzfahrzeuge (Vorjahr 13.000) und 155.000 Zweiräder (Vorjahr 125.000). Ab 01.07.2010 werden PriwallbewohnerInnen mit erstem Wohnsitz zu Fuß und mit Fahrrad kostenlos befördert.

Eine weitere wichtige kommunale Dienstleistung ist die Entwässerung, Abfallbeseitigung und Straßenreinigung. Diese Aufgabe wurde den Entsorgungsbetrieben Lübeck (EBL) übertragen, einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung gemäß § 101 Abs. 4 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein. Die EBL haben 22,4 Mio. m³ Abwasser behandelt (Vorjahr 22,7 Mio. m³). In der Abfallbeseitigung wurden 45.435 Tonnen Hausmüll eingesammelt (Vorjahr 45.763 Tonnen). Die Straßenreinigung hat 5.496 Tonnen Straßenkehrriecht beseitigt (Vorjahr 7.888 Tonnen). Die EBL unterhalten ferner 4 Recyclinghöfe für Wertstoffsammlungen.

M Kostenentwicklung

Trotz Konsolidierungsmaßnahmen steigen in einigen Bereichen weiter die Kosten, ohne dass die Stadt darauf direkten Einfluss nehmen kann, weil hier bundes- oder landesgesetzliche Regelungen zu erfüllen sind. Die wesentlichen Positionen sind:

Die Nettobelastungen der Stadt bei den sozialen Leistungen nach SGB II und SGB XII inklusive Grundsicherung gingen im Jahr 2011 auf 83,6 Mio. € (Vorjahr 84,1 Mio. €) zurück. Darin enthalten sind Aufwendungen für die Grundsicherung von 14,8 Mio. €, die von der Stadt zu tragen sind (Vorjahr 13,5 Mio. €). Seit 2005 hat sich hier die Nettobelastung der Stadt nahezu verdoppelt. Die Nettobelastung für die Stadt bei den Kosten der Unterkunft (KdU) ging gegenüber dem Vorjahr auf 51,5 Mio. € zurück (Vorjahr 53,2 Mio. €). Die stationäre und ambulante Eingliederungshilfe ist von 56,8 Mio. € (2010) auf 58,9 Mio. € (2011) gestiegen. Für die Stadt bedeutet das einen Anstieg des städtischen Anteils (Nettobelastung) auf 7,3 Mio. € (nach 7,0 Mio. € im Vorjahr). Der städtische Anteil an der Jugendhilfe innerhalb und außerhalb von Einrichtungen ist von 25,5 Mio. € (2010) auf 23,2 Mio. € (2011) zurück gegangen.

Die Höhe der Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen lag im Jahr 2011 bei 35,5 Millionen € und blieb somit auf dem Niveau des Vorjahres.



Gleichwohl sind die Zuschüsse seit dem Jahr 2008 um nahezu 73 % gestiegen. Grund für diese erhebliche Steigerung ist der gesetzlich vorgeschriebene Ausbau bei der Kinderbetreuung.

Der Personalaufwand der Kernverwaltung für das Jahr 2011 betrug einschließlich Versorgungsaufwendungen 155 Mio. € (Vorjahr 146,3 Mio. €).

IV Ertragslage der Hansestadt

A Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung des zweiten doppischen Haushalts zum 31.12.2011 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 46,5 Mio. €. ab. Gegenüber dem geplanten Fehlbetrag von 90,8 Mio. € bedeutet dies eine erhebliche Verbesserung in Höhe von 44,3 Mio. €. Gegenüber dem Fehlbetrag von 100,8 Mio. €, der sich aus dem berichtspflichtigen fortgeschriebenen Planansatz (ursprünglich beschlossener Planansatz zzgl. Nachtrag, übertragener Ermächtigungen aus dem Vorjahr und Sollübertragungen, ohne über- u. außerplanmäßige Bewilligungen und unechter Deckung) ergibt, kommt es sogar zu einer Verbesserung von 54,3 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht, in welchen Ergebnisbereichen diese Verbesserung entstanden ist:

Mio. €	Ist 2010	Fortgeschriebener Planansatz 2011	Ist 2011	Plan-Ist-Abweichung 2011	Plan-Ist-Abweichung 2011 in %
Ordentliche Erträge	576,1	526,5	594,9	68,4	13,0
Ordentliche Aufwendungen	590,0	591,8	619,5	27,7	4,7
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	- 13,9	-65,2	-24,6	40,6	62,3
Finanzergebnis	-27,2	-35,6	-22,4	13,2	37,1
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,5	0,5	100,0
Jahresergebnis	- 41,1	-100,8	-46,5	54,3	53,9

Ordentliche Aufwendungen in Höhe von 619,5 Mio. € (ggü. geplant 591,8 Mio. €) und ordentliche Erträge in Höhe von 594,8 Mio. € (ggü. geplant 526,5 Mio. €) führen in 2011 zu einer Unterdeckung aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 24,6 Mio. € (ggü. geplant 65,2 Mio. €). Damit wird das geplante Ergebnis um 40,6 Mio. € übertroffen. Diese Verbesserung kommt durch eine Steigerung der Erträge um 13 % und einer Steigerung der Aufwendungen um lediglich 4,7 % zustande.

Das negative Finanzergebnis von minus 22,4 Mio. € (ggü. geplant minus 35,6 Mio. €) ergibt sich aus Finanzerträgen von 2,8 Mio. €, denen Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen von 25,1 Mio. € gegenüber stehen. Die Verbesserung von 13,2 Mio. € gegenüber der Planung ist im Wesentlichen auf das anhaltend niedrige Zinsniveau und die gegenüber der ursprünglichen Planung geringere Kassenkreditaufnahme zurückzuführen. Auch die verringerte und verzögerte Aufnahme von Krediten für Investitionen trägt zu dem Ergebnis bei.



Ordentliche Erträge:

Mio. € (Werte sind gerundet)	Ist 2010	Fortgeschriebener Planansatz 2011	Ist 2011	Plan-Ist- Abweichung 2011	Plan-Ist- Abweichung 2011 in %
Steuern und ähnliche Abgaben	168,3	169,4	202,1	32,7	19,3
Zuwendungen und allgemeine Umlage	187,9	156,2	173,6	17,3	11,1
Sonstige Transfererträge	18,7	14,8	14,2	-0,7	-4,7
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	28,4	29,0	31,9	2,9	10,0
Privatrechtliche Leistungsentgelte	33,3	34,3	36,5	2,2	6,4
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	98,9	103,0	104,4	1,4	1,4
Sonstige ordentliche Erträge	39,1	19,8	30,4	10,6	53,5
Aktivierete Eigenleistungen	1,4	0,0	1,7	1,7	100,0
Bestandsveränderungen	0,0	0,0	0,1	0,1	100,0
Summe ordentliche Erträge	576,1	526,5	594,9	68,3	13,0

Nach einem erheblichen Einbruch der Allgemeinen Deckungsmittel aufgrund der Finanzkrise, insbesondere der Gewerbesteuer (31 % Rückgang 2009 gegenüber 2008), hat sich die Ertragssituation in 2011 auf einem abgesenkten Niveau stabilisiert und wird sich in den nächsten Jahren nach den vorliegenden Konjunkturprognosen positiv entwickeln. So haben z. B. die Erträge aus Gewerbesteuern Ende 2013 mit rd. 80 Mio. € wieder das Niveau von 2008 erreicht.

Steuern und ähnliche Abgaben

In der folgenden Übersicht wird auf die Steuereinnahmen und wichtigsten Finanzaufwendungen sowie Umlagen detaillierter eingegangen. Das Gesamtergebnis wurde insbesondere positiv beeinflusst durch die um ca. 24 Mio. € höheren Erträge bei der Gewerbesteuer, um 6,8 Mio. € höhere Erträge beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, um rd. 1 Mio. € höhere Erträge bei der Grundsteuer B und die vom Land aufgrund gesetzlicher Regelungen gewährte Fehlbetragszuweisung in Höhe von 10 Mio. €.

Fehlbetragszuweisungen (ebenso wie die ab 2012 gewährten Konsolidierungshilfen des Landes) dürfen nicht in die planmäßige Veranschlagung einbezogen werden, sie stellen immer eine über den Jahresabschluss auszuweisende Verbesserung dar.



Erträge in T€	Ist 2010	Fortgeschr. Planansatz 2011	Ist 2011	Plan-Ist- Abweichung 2011	Plan-Ist- Abweichung 2011 in %
Grundsteuer A	152	190	198	8	4
Grundsteuer B	33.521	33.892	34.889	997	3
Gewerbesteuer	55.700	55.001	79.179	24.178	44
Gemeindanteil an der Einkommensteuer	52.231	52.137	58.947	6.810	13
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	10.636	10.722	11.161	439	4
Vergnügungssteuern	1.423	1.400	1.576	176	13
Hundesteuer	780	760	815	55	7
Zweitwohnungssteuer	736	900	950	50	6
andere Steuern	0				
allgemeine Schlüsselzuweisungen	101.708	86.829	86.829	0	0
Sonderschlüsselzuweisungen	485	0	0	0	0
Fehlbetragszuweisung	10.000	-	10.013	10.013	100
Schlüsselzuweisungen nach § 15 FAG (übergemeindliche Aufgaben)	16.751	14.297	14.297	0	0
Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich (§ 31 a FAG)	5.722	7.154	7.154	0	0
sonstige allgem. Finanzzuweisungen	745	511	546	35	7
Summe der allgem. Deckungsmittel	290.590	263.793	306.554	42.761	16
Gewerbesteuerumlage	- 8.613	-8.954	-13.198	-4.244	47
allgemeine Kreisumlage	-			0	
zusätzliche Kreisumlage	-			0	
Amtsumlage	-			0	
Zusatzamtsumlage	-			0	
Finanzausgleichsumlage	-			0	
Summe der Umlagen	- 8.613	-8.954	-13.198	-4.244	47



Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Leistungsentgelte

Die Mehrerträge bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten sind im Wesentlichen auf höhere Erträge bei den Benutzungsgebühren in Höhe von 2,2 Mio. € zurückzuführen.

Die Erträge aus der notwendigen Auflösung der Sonderposten für eingezahlte investive Beiträge sind im Ergebnis mit 0,2 Mio. € Verbesserung enthalten.

Zu den privatrechtlichen Leistungsentgelten gehören u. a. Mieten, Pachten (plus 1,8 Mio. €) Erträge aus Erbbaurecht (plus 468 T€), Erträge aus Verkauf von Vorräten (plus 1 Mio. €), sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte (plus 1,7 Mio. €), Beköstigungsentgelte (minus 183 T€).

Planung und Leitung eigener Baumaßnahmen (minus 2,7 Mio. €) Die Planung wurde fast vollständig nicht umgesetzt. Die zu buchenden Erträge stellen den „Ersatz“ von städt. Personal- und Sachaufwendungen zu Lasten investiver Maßnahmen dar.

Planungs- und Leitungskosten beauftragter Architekten und Ingenieure belasten die investiven Maßnahmen im städt. Haushalt direkt.

Sonstige ordentliche Erträge

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen sind folgende Abweichungen zwischen fortgeschriebener Planung und Ist zu nennen:

- 8,2 Mio. € Mehrerträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden,
- 127 T€ Mehrerträge aus Veräußerungen bew. Anlagevermögens,
- 87 T€ Mehrerträge aus der Veräußerung von Finanzanlagen

Der über den Buchwert der Bilanz hinausgehende Teil der Veräußerungserlöse verbessert die Ergebnisrechnung.

- Mindererträge bei den Bußgeldern rd. 660 T€
- Mehrerträge aus der Verzinsung von Steuernachforderungen 850 T€
- Mindererträge aus Nachzahlungszinsen Gewerbesteuer 700 T€
- Mehrerträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Verfahrensrückstellungen in Höhe von ca. 600 T€ und von sonst. anderen Rückstellungen in Höhe von 434 T€.
- Nicht zahlungswirksame Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen des Umlaufvermögens in Höhe von 1,3 Mio. €

Gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO-Doppik ist für den doppelten Jahresabschluss vorsichtig zu bewerten. Diese vorsichtige Bewertung schließt ein, dass für Forderungen, die zum Jahresabschlussstichtag zweifelhaft sind, Wertberichtigungen gebildet werden müssen.



Aus diesem Grund wurden die Bereiche der Hansestadt Lübeck gebeten, für einzelne Forderungen, deren Realisierung zweifelhaft ist, einen Wertberichtigungsbetrag zu nennen. Hierzu sind Rückmeldungen des Bereiches Steuern und des Bereiches Liegenschaften eingegangen. Die Wertberichtigung dieser Forderungen ist entsprechend den Erläuterungen zu § 31 GemHVO-Doppik ergebnisbelastend zu buchen.

Über diese Meldungen hinaus wurden die Forderungen analysiert, die zum 31.12.2011 bereits bestanden haben und bis zum Februar 2015 jedoch noch nicht ausgeglichen worden waren. Die Realisierbarkeit dieser Forderungen ist aufgrund der Zeit zwischen der Forderungsentstehung und dem Ausgleich, der noch nicht erfolgt ist, als zweifelhaft einzustufen. Es wurden daher folgende Pauschalsätze für die Berichtigung der Forderungen angesetzt:

Bezeichnung	Fälligkeit vor dem aktuellen Geschäftsjahr '11 (d.h. bis 2010) => fällig seit mehr als 1 Jahr	Fälligkeit im aktuellen GJ '11 => fällig bis zu 1 Jahr
privatrechtlich: Kita-Bereich	90 %	50 %
privatrechtlich: andere	75 %	5 %
Öffentlich-rechtlich	40 %	

Die Verwendung dieser prozentualen Abschläge entspricht der Verfahrensweise zur Bildung von pauschalisierten Wertberichtigungen in der Eröffnungsbilanz und Vorjahresbilanz.

Dementgegen haben sich Forderungen, die zum Abschluss des Vorjahres bestanden, in ihrer Werthaltigkeit verändert, sodass vorgenommene Wertberichtigungen ergebnisverbessernd aufgelöst werden müssen.

Durch die ertragswirksame Auflösung von Wertberichtigungen ergibt sich für das Geschäftsjahr 2011 ein Ertrag in Höhe von 1.317.064,50 €.

Für die aufwandswirksame Bildung von Wertberichtigungen werden folgende Beträge benötigt:

Wertberichtigungen - Produkt	Betrag
Produkt 111015 - Steuern	2.175.624,14 €
Produkt 111020 - Grundstücksmanagement	16.568,63 €
Produkt 573003- Lübecker MuK	6.300,00 €
Produkt 612001 - sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	1.760.754,19 €
Insgesamt	3.959.246,96 €

In Summe aus der Entlastung durch die Auflösung und Belastung durch die Bildung der Wertberichtigungen ergibt sich eine Belastung um 2.642.182,46 €.

Zur sachgerechten Wiedergabe der Forderungen in der Bilanz sind Wertberichtigungen zwingend zu bilden. Im Haushalt war die Bildung dieser Wertberichtigungen nicht geplant.



Aktivierbare Eigenleistungen zur Neutralisierung der eigenen Aufwendungen als Teil der Herstellungskosten für ein aktivierbares Anlagegut durch nicht zahlungswirksame Erträge waren im Jahre 2011 nicht veranschlagt, sind aber in Höhe von 1,7 Mio. € angefallen und gebucht worden.

Ordentliche Aufwendungen

Mio. €	Ist 2010	Fortgeschriebener Planansatz 2011	Ist 2011	Plan-Ist-Abweichung 2011	Plan-Ist-Abweichung 2011 in %
Personalaufwendungen	129,6	131,4	131,2	-0,2	-0,2
Versorgungsaufwendungen	16,7	12,2	23,8	11,6	95,1
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	58,4	67,1	64,4	-2,7	-4,0
Bilanzielle Abschreibungen	42,7	28,9	36,3	7,4	25,6
Transferaufwendungen	235,3	250,6	253,9	3,3	1,3
Sonstige ordentliche Aufwendungen	107,3	101,7	110,0	8,3	8,2
ordentliche Aufwendungen	590,0	591,8	619,5	27,7	4,7

Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen stellen mit 24,21 % eine wesentliche Aufwandsposition an den geplanten Gesamtaufwendungen 2011 dar. Die Personalaufwendungen sind unter Berücksichtigung der Personalkostendurchschnittswerte und notwendiger kassenwirksamer Anpassungen von den Fachbereichen kalkuliert und bewirtschaftet worden. Die Personalaufwendungen werden aufgrund des seit Jahren bestehenden defizitären Ergebnisplanes äußerst restriktiv (Wiederbesetzungssperren, Einsparung von Planstellen usw.) bewirtschaftet. U. a. dadurch weichen die Ist-Ergebnisse in der Regel von den geplanten Personalaufwendungen am Jahresende ab. Die Differenzen ergeben sich aus einer Vielzahl von Einzelvorgängen.

In der folgenden Tabelle ist die Entwicklung der Vollzeitstellen bei der Hansestadt Lübeck dargestellt. Hierbei sind unter Personalaufwand auch Versorgungsaufwendungen enthalten.



Datum	Beamte		Angestellte		Lohnempfänger		Vollzeitstellen	Personalaufwand T€	Anteil an Ges.aufw. %	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
01.01.2010	928,65	32,29	1.497,37	52,06	450,10	15,65	2.876,12	146.320	23,59	1)
01.01.2011	950,55	32,55	1.532,74	52,48	437,36	14,97	2.920,65	154.958	24,21	1)
01.01.2012	964,67	32,62	1.557,66	52,67	434,99	14,71	2.957,32	150.963	23,05	1)
01.01.2013	965,42	30,31	1.585,74	49,78	634,27	19,91	3.185,43	164.820	24,18	2)
01.01.2014	963,45	30,14	1.600,27	50,07	632,70	19,79	3.196,42	166.125	23,20	2)
01.01.2015	969,39	30,25	1.609,34	50,22	625,81	19,53	3.204,54	173.321	23,14	2)

1) Personalaufwendungen gem. Jahresabschlüsse 2010 und 2011 sowie Ergebnisplan 2012

2) Zum 01.01.2013 werden 218,13 Vollzeitstellen der Gebäudereinigung HL in die Kernverwaltung zurückgeführt.
Personalaufwendungen gem. Ergebnisplanungen 2013 - 2015

Versorgungsaufwendungen

Um die Höhe der Pensionsrückstellung gemäß des mathematischen Gutachtens der Versorgungsausgleichskasse des Landes Schleswig-Holstein (VAK) zu erreichen, ist eine zusätzliche Zuführung nötig.

Die Zuführung zur Pensionsrückstellung wurde mit einem pauschalen Wert i.H.v. 12,2 Mio. € bei der Planung berücksichtigt. Aufgrund des nunmehr vorliegenden Gutachtens der VAK wurde eine Aufstockung um 6 Mio. € erforderlich, sodass insgesamt die Höhe der Pensionsrückstellung 18,2 Mio. € beträgt.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zu dieser Aufwandsart gehören eine Vielzahl unterschiedlichster Aufwendungen bei denen die Abweichungen zwischen der Planung und dem Ist 2011 in der normalen Bandbreite liegen. Bei folgenden Positionen sind Abweichungen erwähnenswert:

- Unterhaltung der Hochbauten:
Minderaufwendungen 2,3 Mio. €
- Unterhaltung des sonst. unbeweglichen Vermögens der Hafenterrassen:
Minderaufwendungen 0,8 Mio. €
- sonst. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen:
Mehraufwendungen 1,7 Mio. €
- Energie- und Wasserkosten der Grundstücke:
Minderaufwendungen 0,8 Mio. €
- Mieten und Pachten für Liegenschaften:
Minderaufwendungen 0,2 Mio. €

Die vorgenannten Abweichungen ergeben im Saldo rd. 2,9 Mio. € (Vorjahr: 7,3 Mio. €) Verbesserungen. Hierzu ist anzumerken, dass insbesondere die drei erst genannten „Verbesserungen“ negative Auswirkungen auf das Anlagevermögen der Hansestadt Lübeck haben werden, da notwendige Unterhaltungsmaßnahmen nicht vorgenommen wurden. Die Gründe hierfür sind vielschichtig, so ist es bisher nicht gelungen, ein personell und sachlich ausreichend ausgestattetes zentrales Gebäudemanagement mit entsprechen-



den Vollmachten und Befugnissen zu installieren. Dieser Zustand hat sich auch in den Jahren nach 2011 nicht wesentlich verbessert.

Bilanzielle Abschreibungen

In der Planungsphase der Aufstellung des ersten doppelhaushalts 2011 mit der Notwendigkeit der Veranschlagung vollständiger bilanzieller Abschreibungen bestand noch keine abschließende Klarheit über die Höhe des zu veranschlagenden Betrages, insbesondere auch hinsichtlich zu buchender Sonderabschreibungen.

Die erhebliche Reduzierung der Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus der Regelung nach § 41 Abs. 3 GemHVO-Doppik. Danach sind entgegen handelsrechtlich üblicher Verfahrensweise Unterhaltungsleistungen zu aktivieren, wenn hierfür Zuschüsse, Zuweisungen oder zinsgünstige Darlehen gewährt wurden. Da aber keine zusätzlichen Werte z. B. im Rahmen der Beseitigung von Winterschäden auf den Straßen geschaffen wurden, waren im Jahre 2010 die aktivierten Beträge in Höhe von ca. 6,4 Mio. € per Abschreibungen sofort wieder auszubuchen. Im Jahre 2011 wurde hiervon nur im Umfang von 1,1 Mio. € Gebrauch gemacht.

Auch mit zunehmend besserer Datengrundlage werden sich die notwendigen Abschreibungsbeträge aufgrund dieser Regelung nur begrenzt im Vorfeld exakter planen lassen.

Transferaufwendungen

Transferaufwendungen sind Aufwendungen, die ohne Gegenleistung an Dritte geleistet werden. Die Verschlechterung bei den Transferaufwendungen von 3,3 Mio. € (Vorjahr: 9,2 Mio. €) ergibt sich aus Reduzierungen bei den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke an nahezu sämtliche Bereiche und setzt sich maßgeblich aus folgenden Positionen zusammen:

- Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen wurden um rd. 5,0 Mio. € reduziert.
- Zuschüsse an private Unternehmen wurden um 0,6 Mio. € verringert.
- Zuschüsse an übrige Bereiche wurden in Höhe von 1,2 Mio. € reduziert, davon 0,8 Mio. € an soziale oder ähnliche Einrichtungen (insbesondere Kindertageseinrichtungen).

Mehraufwendungen sind insbesondere bei der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen in Höhe von 2,6 Mio. € und innerhalb von Einrichtungen in Höhe von 3,6 Mio. € zu verzeichnen.

Hinzu kommt, dass durch die höheren Erträge bei der Gewerbesteuer (plus von ca. 24 Mio. €) auch die Gewerbesteuerumlage steigt, was zu einem Mehraufwand bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 4,2 Mio. € führt.

B Gesamteinschätzung zur Ertragslage

Die Ertragslage 2011 der Hansestadt Lübeck ist durch ein negatives Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit von - 24,6 Mio. € (Vorjahr: - 13,9 Mio. €) und ein negatives Finanzergebnis von - 22,4 Mio. € (Vorjahr: - 27,2 Mio. €) geprägt. Zwar haben sich im Haushaltsvollzug im Saldo erhebliche Verbesserungen gegenüber der Planung im Umfang von 54,3 Mio. € - davon



rd. 68 Mio. € bei den Erträgen - ergeben. Dies hat letztlich zu einem Defizit von nur 46,5 Mio. € geführt.

V Vermögens-, Schulden- und Finanzlage der Hansestadt

1 Vermögens- und Schuldenlage

A Bilanz

Aktiva	(Mio. €)	Passiva	(Mio. €)
Anlagevermögen	1.268,99	Eigenkapital	0,00
Umlaufvermögen	120,08	Sonderposten	201,40
Akt. RAP	8,00	Rückstellungen	425,28
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	73,29	Verbindlichkeiten	813,93
		Pass. RAP	29,76
Summe	1.470,36	Summe	1.470,36

Die Hansestadt ist überschuldet. Ihr Eigenkapital ist vollständig verbraucht. Der nicht mehr durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt 73,3 Mio. € (Vorjahr: 21,9 Mio. €) und wird nach § 50 Abs. 3 GemHVO-Doppik als „negatives Eigenkapital“ auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen.

B Eigenkapitalquote I

$$\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Die Eigenkapitalquote I zeigt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital.

Wert zum 31.12.2010	Wert zum 31.12.2011
- 1,6 %	- 4,98 %

Mit der negativen Eigenkapitalquote wird dokumentiert, dass die Hansestadt kein Eigenkapital mehr hat.

C Eigenkapitalquote II

$$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten aus Zuweisungen und Beiträgen}) * 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Die Eigenkapitalquote II misst den Anteil des „wirtschaftlichen“ Eigenkapitals am Gesamtkapital und verwendet zusätzlich die Sonderposten als eigenkapitalähnliche Werte.

Wert zum 31.12.2010	Wert zum 31.12.2011
11,62 %	8,58 %

Selbst unter zusätzlicher Berücksichtigung von Sonderposten wird kein erhebliches Eigenkapital ausgewiesen. Sonderposten stellen Zuwendungen dar, die in der Regel nicht zurück zu zahlen sind. Dem entsprechend werden



sie als eigenkapitalähnlich gewertet. Als Orientierungswert kann analog zu Erfahrungswerten für kreisfreie Städte anderer Bundesländer 50 % herangezogen werden. Im letzten Jahr kam es zu einem anderen Ausweis, weil bei der Berechnung sämtliche Sonderposten, bis auf die Treuhandvermögen mit herangezogen wurden.

Die Werte haben sich hier ein wenig verbessert, was an den Sonderposten für aufzulösende Zuweisungen liegt, deren Posten stark gestiegen ist.

D Anlagendeckungsgrad II

$$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten} + \text{langfristiges Fremdkapital})}{\text{Anlagevermögen}} \cdot 100$$

Der Anlagendeckungsgrad II gibt theoretisch an, welcher Anteil des langfristig verfügbaren Vermögens langfristig finanziert ist. Dabei werden Sonderposten als eigenkapitalähnlich gewertet.

Wert zum 31.12.2010	Wert zum 31.12.2011
47,21 %	49,48 %

Idealerweise sollte das als Anlagevermögen langfristig vorhandene Vermögen auch langfristig und nicht kurzfristig finanziert werden. Ein Wert von 100 % ist anzustreben.

2 Finanzlage

Lfd. Nr.	Entwicklung der Finanzrechnung	Fortgeschriebener Plan-Ansatz 2011 in T€	Ist 2011 in T€	Abweichung in T€	Abweichung in %
1	Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	523.816	586.098	62.283	11
2	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-601.273	-591.681	9.592	-2
3	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 + 2)	-77.457	-5.583	71.874	-93
4	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	25.228	43.654	18.426	73
5	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-138.934	-59.359	79.575	-57
6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 4 + 5)	-113.706	-15.705	98.001	-86
7	Veränderung fremder Finanzmittel	0	3.579	3.579	100
8	Finanzmittelfehlbetrag (Zeilen 3 + 6 + 7)	-191.163	-17.709	173.453	91
9	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	2.960	27.419	24.458	826
10	= Veränderung eigener Finanzmittel (Zeilen 8 + 9)	-188.202	9.710	197.912	-105
11	Anfangsbestand an Finanzmitteln	-101.137	4.817	105.954	-105
12	Liquide Mittel (Zeilen 10 + 11)	-289.339	14.527	303.866	-105



Der Anfangsbestand der liquiden Mittel (11) betrug zum 01.01.2011: 4.817 T€.

Die liquiden Mittel weisen zum Ende des Jahres 2011 insgesamt 13.958 T€ aus und liegen damit um 9.142 T€ über dem Anfangsbestand.

Der Betrag der liquiden Mittel weicht zwischen Finanzrechnung und Bilanz ab, da in der Bilanz ein Konto den Forderungen zugeordnet wurde, welches auch mit in die Finanzrechnung einfließt. Dieses Konto wird als Bankbestand für den Geschäftsbesorger Musik- und Kongresszentrum geführt, da aber für diesen erst 2014 ein Bankkonto eingerichtet wurde, wird dieses dann erst den liquiden Mitteln direkt zugerechnet werden.

A Investitionsquote I

$$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} * 100}{(\text{Abgänge} + \text{AfA})}$$

Die Kennzahl gibt Auskunft über den Umfang der Investitionen einer Kommune, der erforderlich ist, um dem Substanzverlust durch Vermögensabgänge und Abschreibungen entgegen zu wirken.

Wert zum 31.12.2010	Wert zum 31.12.2011
112,51 %	91,45 %

Das Volumen der Investitionen der Hansestadt war jahresübergreifend betrachtet geeignet, ihr Anlagevermögen zu erhalten, auch wenn die Investitionsquote für das Jahr 2011 zu niedrig war.

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind seit dem Jahr 2010 von 447,3 Mio. € auf 437,8 Mio. € gesunken.

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:

in T€ Einzahlungen aus	Fortgeschriebener Ansatz 2011	Ist 2011	Abweichung	Abweichung in %
Zuwendung für Investitionen	20.025	28.985	8.960	44
Veräußerung von Grundstücke/ Gebäude	3.740	7.542	3.802	102
Veräußerung von bewegl. Anlagevermögen	2	104	101	5.050
Veräußerung von Finanzanlagen	0	1.017	1.017	0
Rückflüssen	640	4.927	4.287	670
Beiträgen und ähnlichen Entgelten	735	1.079	344	47
Sonstige Investitionseinzahlung	85	0	- 85	- 100
Summe	25.228	43.654	18.426	73

Die erhebliche Abweichung bei den Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionen resultiert aus der verzögerten Umsetzung der mit diesen Zuwendungen geförderten Baumaßnahmen (siehe auch Auszahlungen für Baumaßnahmen in der folgenden Tabelle).



Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit setzen sich folgendermaßen zusammen:

in T€ Auszahlungen aus:	Fortgeschriebener Ansatz 2011	Ist 2011	Abweichung	Abweichung in %
investiven Zuweisungen und Zuschüssen	-13.372	-8.057	5.315	40
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-6.301	-1.175	5.126	81
Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-13.856	-5.968	7.887	57
Erwerb von Finanzanlagen	0	-67	-67	100
Baumaßnahmen	-104.005	-40.365	63.639	61
Gewährung von Ausleihungen	-1.402	-3.726	-2.324	166
Summe	- 138.934	-59.359	79.575	57

Der verzögerte Mittelabfluss im Bereich der eigenen Baumaßnahmen sowie der mit städtischen Zuweisungen und Zuschüssen geförderten Baumaßnahmen anderer Bauträger resultiert im Wesentlichen aus Verzögerungen bei der Planung bzw. im Baufortschritt der veranschlagten Maßnahmen.

Als Anlage werden die wichtigsten Investitionsmaßnahmen, die im Haushaltsjahr 2011 ein Investitionsvolumen von 100 T€ oder mehr ausweisen, dargestellt. Dabei ist es unerheblich, ob die Maßnahmen 2011 fortgesetzt, begonnen oder abschließend umgesetzt worden sind. Aus der Spalte „Auszahlungen“ ist ersichtlich, inwieweit bei den jeweiligen Maßnahmen in 2011 ein Mittelabfluss (Auszahlung) stattgefunden hat. Ist die Auszahlung höher als der Planansatz zzgl. bzw. abzüglich über- und außerplanmäßiger Mittel, verfügt die Maßnahme über zusätzliche maßnahmenbezogene Haushaltsauszahlungsreste aus Vorjahren. Weiter könnten vorgenommene Sollübertragungen von deckungsberechtigten Maßnahmen oder unechte Deckungen (zweckgebundene Einzahlungen z. B. Spenden, Zuwendungen) in Anspruch genommen worden sein.

Kredite für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind seit dem Jahr 2000 von 490,8 Mio. € auf 437,8 Mio. € am Ende des Jahres 2011 gesunken. Ursachen hierfür sind u. a. weitere Einzahlungen aus der Veräußerung von Erbbaurechten und sonstigen Grundstücksveräußerungen sowie die verstärkte Ausnutzung von Fördermöglichkeiten in den vergangenen Jahren. Ein weiterer Grund für den Rückgang ist die Tatsache, dass die von der Hansestadt Lübeck für notwendige Investitionen u. a. in die Infrastruktur vorgesehenen Kreditaufnahmen von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt wurden. Diese Einschränkungen werden sich - bei weiterhin erheblich defizitären Ergebnisplänen - in den nächsten Jahren fortsetzen. Ende 2014 betragen die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen noch rd. 407,6 Mio. €. Die Auswirkungen auf das Anlagevermögen, insbesondere des Infrastrukturvermögens der Hansestadt Lübeck, sind an vielen Stellen erkennbar.

Erstmals wieder für die Jahre 2014 und 2015 sind die beantragten Kredite vollständig genehmigt worden.

Kassenkredite

Die zur Sicherstellung der Liquidität aufgenommenen Kassenkredite haben sich seit 2010 unter Berücksichtigung der aufgelaufenen Einnahmen-Ausgaben-Defizite der Vorjahre wie folgt entwickelt:

Jahr	Geplantes Defizit in Mio. €	Defizit in Mio. €	Kassenkredite am Jahresende in Mio. €
2010	113,0	41,0	279,1
2011	90,8	46,5	317,0
2012 (voraussichtlich)	79,2	39,9	317,5
2013 (voraussichtlich)	83,4	15,7	370,0 (240,0 + Ablösekredite 130,0)
2014 (voraussichtlich)	71,2	8,6	435,0 (270,0 + Ablösekredite 165,0)

Die hier ausgewiesenen Werte der Kassenkredite enthalten im Vergleich zu den bilanzierten Werten zusätzliche finanzielle Mittel, die die Hansestadt von den von ihr verwalteten Stiftungen unter anderem aus der Geschäftsbesorgung für die Stiftungen und von ihren Unternehmen detailliert geregelt zur Verfügung stehen. Die Bilanz enthält nur die Werte, die von Banken ausdrücklich als Kassenkredite aufgenommen wurden in Höhe von 295 Mio.€ zum 31.12.2011.

Der Landesgesetzgeber hat Kommunen mit einem hohen Kassenkreditbestand Ende des Jahres 2012 die Möglichkeit eingeräumt, Kassenkredite durch Kredite mit einer Laufzeit von max. bis zum Jahr 2021 abzulösen (Ablösekredite). Davon hat die Hansestadt Lübeck Gebrauch gemacht. Bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2014 wurden insgesamt 165 Mio. EUR abgelöst. Nach Ende der Laufzeit werden die abgelösten Kredite wieder „normale“ Kassenkredite, wenn es bis dahin nicht gelingt, den Kassenkreditbedarf merklich zu senken.

Bei weiterhin defizitären Finanzrechnungsplänen wird die Notwendigkeit der Aufnahme zusätzlicher Kassenkredite weiter bestehen. Gesetzlich ist dies mit einer Laufzeit von max. bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes möglich. Mit der Aufnahme im Zusammenhang steht das Risiko wieder ansteigender Zinsbelastungen.

B Liquidität 2. Grades

$$\frac{(\text{Liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen}) * 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$$

Die Kennzahl gibt stichtagsbezogen Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“ der Kommune. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Wert zum 31.12.2010	Wert zum 31.12.2011
68,64 %	104,48 %



Idealerweise sollten kurzfristige Verbindlichkeiten durch vorhandene liquide Mittel und kurzfristig realisierbare Forderungen beglichen werden können. Erstrebenswert ist es, möglichst langfristig einen Prozentsatz von 100 % zu überschreiten. Der gute Wert in 2011 ist auf den Anstieg der liquiden Mittel zurückzuführen.

C Pro-Kopf-Verschuldung

Verbindlichkeiten aus Investitions- und Kassen-Krediten
Einwohnerzahl

Die Pro-Kopf-Verschuldung stellt die Kreditbelastung der Hansestadt pro EinwohnerIn dar.

Pro-Kopf-Verschuldung	Wert zum 31.12.2010	Wert zum 31.12.2011
Kredit-Verbindlichkeiten	706.637.799,66 €	732.806.693,38
EinwohnerInnen	212.112	212.305
Pro-Kopf-Verschuldung	3.331,44 €	3.451,67 €

Die nur gering steigende Einwohnerzahl konnte die erhebliche Steigerung bei den Kreditaufnahmen nicht ausgleichen. Die Einwohnerzahl ist dem Statistischen Jahrbuch der Hansestadt entnommen.

3 Gesamteinschätzung zur Vermögens- und Finanzlage

Die Hansestadt hat im Jahre 2011 und weiterhin stets ihre Verbindlichkeiten bedient.

Prekär ist die erhebliche Verschuldung der Hansestadt. Aufgrund des sehr geringen Marktzinses kam es nicht zu weiteren Verschlimmerungen.

Mit den Mechanismen zum Gemeindefinanzausgleich bzw. des Konsolidierungsfonds sind weiterhin geeignete Maßnahmen umzusetzen, die die Stadt bei ihren Konsolidierungsaufgaben unterstützen.

Zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage ist zudem die Betrachtung der erheblichen Bürgschaften der Hansestadt zugunsten anderer Kreditnehmer relevant. Bedingt durch die kontinuierliche Tilgung der im Bestand befindlichen von der Hansestadt verbürgten Kredite ist am Jahresende eine Reduzierung der Bürgschaftssumme zu verzeichnen.

VI Vorgänge von besonderer Bedeutung

A Doppik-Einführung

Die Einführung der Doppik ist ein Systemwechsel, der noch nicht abgeschlossen ist. Verfahrensweisen der Verwaltung waren grundsätzlich neu zu hinterfragen und ggf. anzupassen. Zahlreiche Prozesse, die unter Umständen auch Geschäftspartner der Hansestadt betreffen können, wurden entwickelt und werden regelmäßig angewendet.

Verwaltungsintern sind daneben weitere Konzepte und Prozesse umzusetzen oder noch zu erarbeiten. Z.B. sind noch Regelungen zu schaffen, die nach der Erstinventur vor der Eröffnungsbilanz eine regelmäßig vollständige Folgeinventur innerhalb von drei Monaten gewährleisten.

An der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2010 sind weiterhin Korrekturen erforderlich, die nach § 46 GemHVO-Doppik noch bis zum Jahresabschluss 2014 ergebnisneutral umgesetzt werden können. Darüber hinaus sind Korrekturen nur noch möglich, indem das Jahresergebnis ab 2015 be- oder entlastet wird. Werte der Jahresabschlüsse können diesbezüglich Unstetigkeiten enthalten.

Die vollständige Umsetzung der Doppik ist noch nicht abgeschlossen und wird weitere Jahre benötigen, bis dass z.B. der Jahresabschluss rechtmäßigerweise innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres erstellt wird. Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Jahresabschluss 2019 erstmals rechtzeitig vorgelegt werden kann. Die Erstellung des ersten Gesamtabschlusses soll sich daran anschließen.

B Flughafen - Infratil

Die Zukunft des Lübecker Flughafens ist vorerst gesichert. Im April 2010 hat sich ein Bürgerentscheid für den Erhalt des Flughafens bis mindestens Ende 2012 ausgesprochen. Bis dahin soll ein neuer Investor nach dem Ausstieg von Infratil im vergangenen Jahr gefunden werden, der auch den Flughafenausbau in Übereinstimmung mit dem Planfeststellungsbeschluss 2009 umsetzt.

C Erhalt der Universität Lübeck

Durch den erfolgreichen Widerstand für den Erhalt der Lübecker Universität ist ein wichtiger Grundstein gelegt, den Wissenschaftsstandort Lübeck weiter auszubauen, um hier innovative Unternehmen anzusiedeln und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

D Rechtsprechung Erbbauzinsen

Die Hansestadt Lübeck hat 2004 damit begonnen, die Erbbauzinsen z. T. erheblich zu erhöhen. Nachdem zahlreiche Klagen gegen diese Erhöhungen erfolgreich abgewendet werden konnten, endeten erstmals in 2009 und 2010 zwei Klagen vor dem Amtsgericht Lübeck mit einem Urteil gegen die Hansestadt Lübeck. Durch das spätere Urteil des Bundesgerichtshofes aus dem Jahre 2011 wurde deutlich, dass bereits in 2009 bzw. 2010 befürchtet werden musste, dass es zu einer teilweisen Rückzahlung eingekommener Erbbauzinsen kommen wird. Rückstellungen waren im Rahmen der Eröffnungsbilanz auf den 01.01.2010 nicht geplant und gebildet, da dies aufgrund des niedrigen Streitwertes im Einzelfall zunächst vernachlässigt wurde.

Als Ergebnis der später vorgenommenen Einschätzung wurde erwartet, dass in 85 % der Fälle Rückzahlungsansprüche bestehen könnten. Die Bildung von Rückstellungen noch für das Haushaltsjahr 2010 war damit angezeigt. Für das



Jahr 2010 sind Rückstellungen von rd. 1 Mio. € und für 2011 von rd. 1,2 Mio. € gebildet worden, die je nach Fortgang des Verfahrens aufgelöst oder verwendet werden.

VII Chancen, Risiken und Prognosen

A Konsolidierung des städtischen Haushalts

Die Haushaltslage der Hansestadt Lübeck ist weiter angespannt. Vor diesem Hintergrund wird seit einigen Jahren die Haushaltskonsolidierung als eine permanente Aufgabe verstanden. Durch unterschiedlichste Maßnahmen (z.B. Budgetierung, Wiederbesetzungssperren, Aufgabenkritik, Einsparungen, Streichung und Kürzung von Leistungen, Erhöhung von Steuern, Entgelten und Gebühren, Veräußerung von Vermögen und nicht zuletzt Personalabbau) versuchen Verwaltung und Kommunalpolitik, die Haushaltslage nachhaltig zu verbessern.

Der Innenminister des Landes Schleswig - Holstein hatte erstmals mit Schreiben vom 26.09.2005 eine um die Ergebnisse des Kommunalberichts 2005 des Landesrechnungshofes ergänzte Liste von Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung übersandt und danach mehrfach - zuletzt im Jahr 2009 - aktualisiert und gebeten, diese zur Grundlage für weitere Maßnahmen zu nutzen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass den einnahmeseitigen Vorschlägen grundsätzlich gefolgt worden ist.

B Steuerreform

Die Steuerreform der Regierung aus der 17. Wahlperiode des Bundestags hat zu keiner Entlastung der Kommunen geführt. Eine notwendige Reform der Kommunalfinanzierung zur Entlastung der Städte und Gemeinden ist nicht erkennbar. Vielmehr führt der Ausbau des gesetzlich vorgeschriebenen Ausbaus der Kinderbetreuung zu immensen Kostensteigerungen auf der Ebene der Kommunen. Das wird von der kommunalen Familie als ein Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip gewertet. Die kommunalen Landesverbände haben deshalb ein Gutachten in Auftrag geben, ob den Kommunen ein Anspruch auf Ausgleich der Mehrkosten durch den Ausbau der Kinderbetreuung für die unter 3-jährigen nach dem Konnexitätsprinzip gemäß § 49 Abs. 2 der Landesverfassung zusteht. Das Gutachten hat den Anspruch der kommunalen Landesverbände bestätigt. Der nächste Schritt ist die Anrufung des Landesverfassungsgerichts. Mit einer Entscheidung wird im Laufe des kommenden Jahres gerechnet.

C Schuldenbremse

Die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung wird weitere Einschnitte bei den Kommunen zur Folge haben, weil abzusehen ist, dass weiter Landesaufgaben zu Lasten der Städte und Gemeinden kommunalisiert werden.



D weitere Einflussfaktoren von außen

Die Gewerbesteuereinnahmen als Haupteinnahmequelle der Stadt sind erheblichen Schwankungen unterworfen, so dass eine verlässliche Planung kaum möglich erscheint. Auch für die Zukunft ist davon auszugehen, dass die Sozialausgaben weiter ansteigen werden. Ebenso bedeutsam für den städtischen Haushalt ist die Entwicklung des Zinsniveaus angesichts einer städtischen Verschuldung gegenüber Kreditinstituten von 732,8 Mio. €. Die Belastungen aus den künftigen Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst gehen weiter zu Lasten des Haushalts. Der Sanierungsstau bei der städtischen Infrastruktur stellt ein weiteres erhebliches Risiko für den Haushalt dar, dem in den kommenden Jahren durch Prioritätensetzung im Haushalt zu begegnen ist. Erforderlich hierfür ist aber auch, durch zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen wieder Gestaltungsspielräume im investiven Bereich zu schaffen, die derzeit nicht gegeben sind. Das Fazit bleibt, dass vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten Haushaltslage und Verschuldungssituation die Haushaltskonsolidierung alternativlos bleibt.

E Konsolidierungsfonds

Eine große Chance wird darin gesehen, dem Konsolidierungsfonds des Landes für finanzschwache Kommunen beizutreten. Auf der Grundlage von § 16a des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) können Gemeinden und Kreise mit besonderen Finanzproblemen im Zeitraum 2012 bis 2021 Konsolidierungshilfen unter der Voraussetzung erhalten, dass sie selbst weitere eigene nachhaltige Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung vornehmen. Die zuweisungsberechtigten Gemeinden und Kreise sollen bei ihrer Zielsetzung unterstützt werden, aus eigener Kraft einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, um die kommunalpolitischen Gestaltungsspielräume zurück zu gewinnen. Es ist vorgesehen, im Februar 2012 einen Grundsatzbeschluss der Bürgerschaft für den Beitritt zum Konsolidierungsfonds des Landes herbei zu führen.

F Flughafen

Im Jahr 2012 wird die Stadt darum bemüht sein, einen neuen Investor für den Flughafen Lübeck zu finden, um das Betriebs- und Investitionsrisiko auf einen privaten Betreiber zu übertragen. Damit verbunden ist das Bestreben, dass der neue Investor den Flughafenausbau in Übereinstimmung mit dem Planfeststellungsbeschluss 2009 umsetzt.

G Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH

Ferner hat die Hansestadt Lübeck die Möglichkeit, zur Verbesserung der Haushaltslage weitere 12,5 % der Gesellschafteranteile an der Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH an den Mitgesellschafter Rreef zu veräußern.

H Metropolregion

Des Weiteren wird damit gerechnet, dass die Hansestadt Lübeck im kommenden Jahr in die Metropolregion Hamburg aufgenommen wird. Davon verspricht sich die Stadt, verstärkt von der Dynamik und dem Wachstum dieser zweitgrößten Metropolregion Deutschlands profitieren zu können.



Die Planungen für die feste Fehmarnbeltquerung schreiten voran. Mit der Realisierung wird die Hansestadt Lübeck zum Verkehrsknoten auf den Verkehrsachsen zwischen dem Großraum Kopenhagen/Öresund am nördlichen Ende, Hamburg am südlichen und Berlin am östlichen Ende. Anzunehmen ist, dass es hierzu zu Verkehrsverlagerungen über Lübeck kommt, damit verbunden die Chance der Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitsplätzen.

I Tourismus

Im Bereich des Tourismus verbinden sich große Hoffnungen mit der Neubebauung des Aqua-Top-Grundstücks mit einem Hotel und der Realisierung des Projekts Priwall Waterfront auf dem Priwall. Im Bereich der Altstadt ist als zusätzlicher Publikumsmagnet der Bau des Europäischen Hansemuseums geplant.

Im Gründerviertel auf der Altstadtinsel wird nach Abriss der dortigen Schulgebäude ein neues Wohnquartier entstehen. Auf der nördlichen Wallhalbinsel soll ebenfalls ein Wohnquartier entstehen. Mit diesen und anderen Maßnahmen von Privatinvestoren soll zusätzlicher, attraktiver Wohnraum geschaffen werden.

J Zinsänderungsrisiko

Die Inflation ist in Deutschland im Jahr 2011 auf 2,1 % gestiegen (Vorjahr 1,1 %). Der Preisauftrieb hat sich zwar gegenüber dem Rezessionsjahr 2009 weiter verstärkt, bleibt aber im langfristigen Vergleich moderat und sinkt bis 2014 wieder ab. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat als Zielgröße eine Inflationsrate von 2 %. Inflationstreibend wirkten im Zuge der wirtschaftlichen Erholung Preissteigerungen vor allem im Bereich Rohstoffe, Energie, Brennstoffe und saisonabhängige Nahrungsmittel.

Die Hansestadt Lübeck ist in einem wachsenden Umfang auf Kapitalmarktkredite zur Finanzierung von Investitionen angewiesen, weil Überschüsse im konsumtiven Teil des Haushalts seit Jahren nicht erwirtschaftet werden. Die allgemeine Zinsentwicklung ist deshalb für die Haushaltssituation von erheblicher Relevanz. Das betrifft nicht nur die Aufnahme von neuen Darlehen, sondern auch den Altbestand an Darlehen im Hinblick auf das Auslaufen von Zinsbindungsfristen.

Derzeit wird der Haushalt durch ein niedriges Zinsniveau begünstigt. Die EZB hat ihre Niedrigzinspolitik beibehalten mit Leitzins von 1 %. Abzuwarten bleibt, ob die Niedrigzinspolitik noch von einiger Dauer sein wird oder angesichts wachsender Staatsschulden und Inflationserwartungen mit einem Anziehen der Zinsen zu rechnen ist.

K Risiko der Fehlbewertung von Pensionsrückstellungen

Nach § 24 Nr. 1 GemHVO-Doppik ist für Pensionsrückstellungen konkret geregelt, dass diese als Barwert auszuweisen und mit einem Alternativzinssatz von 5 % abzuzinsen sind. Hierfür wird entsprechend der Kommentierungen empfohlen, dass die Versorgungsausgleichskasse (VAK) die entsprechenden Berechnungen vornimmt. Diesen rechtlichen Vorgaben ist die Hansestadt in vollem Umfang gefolgt.



Zum Bilanzstichtag ergeben sich hieraus Pensionsrückstellungen von 389,8 Mio. €, die den Umfang des tatsächlichen Rückstellungsbedarfs nicht vollständig wiedergeben. Schließlich ist eine Verzinsung von 5 % am Kapitalmarkt seit Jahren nicht zu erwirtschaften. Die unterstellte Möglichkeit, bis zu einer späteren Belastung das erforderliche Kapital in dieser Höhe zinsbringend anlegen zu können, ist faktisch nicht realistisch.

Der fehlerhafte Ausweis wird bei der Betrachtung einer analogen Berechnung des Barwertes für einen durchschnittlichen Musterbeamten deutlich. Es ergeben sich dramatische Abweichungen, wenn der Zinsfuß von 5 % auf z. B. 3,25 % abgesenkt werden würde. Die Rückstellung beträgt nach Berechnung der VAK derzeit für den Musterbeamten nur 186.350 € und würde aufgrund der fälschlicherweise unterstellten Verzinsungsmöglichkeit auf 288.943 € steigen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass 1.486 Beamte noch im aktiven Dienst oder bereits pensioniert sind. Für alle wäre die Differenz jeweils als grober Schätzbetrag anzusetzen. Wenn ein zusätzlicher Ausweis notwendig ist, führt dies zu Aufwendungen in gleicher Höhe. Auf Basis der o. g. Zahlen ergibt sich für die Hansestadt Lübeck ein zusätzliches Risiko aus den zu niedrig anzusetzenden Pensionsrückstellungen in der Größenordnung von mehr als 150 Mio. €.

Nach Rückfrage beim Innenministerium ist die Beibehaltung der Regelung beabsichtigt, dass für die Berechnung des Barwertes als Abzinsungszinssatz weiterhin 5 % anzusetzen sind. Ein abweichender Zinssatz nach § 41 Abs. 8 GemHVO-Doppik soll nur für Betriebe gewerblicher Art zugelassen werden. Danach würde die Rückstellung in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und Rückstellung mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst werden.

L Prognosen

Im Ergebnisplan wird für das Jahr 2012 ein Fehlbedarf von 79,2 Mio. € geplant. Den Gesamterträgen von 575,7 Mio. € stehen Aufwendungen von 654,9 Mio. € gegenüber. Die Allgemeinen Deckungsmittel nach Abzug der Vorabdotierungen sind mit 178,2 Mio. € geplant.

Vorgesehen sind für das Jahr 2012 Investitionen in Höhe von 61,1 Mio. € und in den Folgejahren bis 2014 weitere knapp 177,5 Mio. €. Der Höchstbetrag für Kassenkredite wird auf 450 Mio. € festgesetzt.

Investitionsschwerpunkte für das Jahr 2012 sind die Sanierung und Erneuerung von städtischen Gebäuden, Schulen und Sporthallen mit einem Volumen von rund 26 Mio. €. Weitere 14 Mio. € fließen in den Straßenbau.

Zur Finanzierung ist im Finanzplan für 2012 ein Kreditbedarf für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen von 37,1 Mio. € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 50,8 Mio. € eingeplant.



Zusammenfassende Einschätzung

Nach dem Rezessionsjahr 2009 hat sich die schwierige wirtschaftliche Lage der Hansestadt noch nicht wieder ausreichend erholt. Es ist festzustellen, dass es noch weitere Jahre der erheblichen Konsolidierungs-Anstrengungen bedarf, damit mindestens ausgeglichene Jahresergebnisse erreicht werden können. Für die nächsten Jahre sind weitere Verschlechterungen auf Grundlage der Planungen deutlich zu erkennen.

Die derzeit sehr günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgrund z. B. des niedrigen Marktzinses unterstützen diese Konsolidierung. Daneben sind weitere Anstrengungen innerhalb und außerhalb der Strukturen der Hansestadt erforderlich. Hinsichtlich der ausreichenden Finanzausstattung der Kommunen sind das Land und der Bund gefordert. Daneben werden die Stadtverwaltung und die Bürger wesentliche Einschränkungen übernehmen müssen.

Bis zur Erstellung dieses Jahresabschlusses wurden mit dem Land Schleswig-Holstein Konsolidierungsvereinbarungen getroffen, die finanzielle Unterstützungen und Eigenleistungen regeln. Damit ist ein unverzichtbarer Meilenstein erreicht. Weitere Einschränkungen betreffen die Qualität der Dienstleistungen der Verwaltung, die inzwischen nach außen spürbar wird.

Um die Handlungsmöglichkeiten der Hansestadt nicht weiter einzuschränken und zukünftige Generationen nicht weiter zu belasten, sind solche Maßnahmen möglichst im akzeptablen Rahmen zu halten, zum Teil aber nicht zu vermeiden.

Lübeck, den

Bernd Saxe

Bürgermeister der
Hansestadt Lübeck



VIII Anlagen

A Investitionsmaßnahmen

Bezeichnung		Planansatz 2011	über-/außer- planmäßige Mittel	Summe Spalte 2 u. 3	Auszahlungen
Produkte	Maßnahmen				
1		Euro	Euro	Euro	Euro
1		2	3	4	5
IT-Architekturmangement/IT-Service	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	700.000,00	-182.297,22	517.702,78	331.645,89
IT-Architekturmangement/IT-Service	sonstige Baumaßnahmen	110.000,00		110.000,00	93.840,54
Projekt NKF/Doppik	Finanzsoftware	300.000,00		300.000,00	212.739,11
EBL (Abwasserbeseitigung)	Öffentliche Toiletten	150.000,00		150.000,00	0,00
Kommunaldarlehen	Gewährung Ausl. verb. Untern. Laufzeit über 5 Jahre	435.500,00		435.500,00	0,00
Flughafen Lübeck GmbH	Flughafen/Ausbau	2.500.000,00		2.500.000,00	0,00
Grundstücksan- und -verkäufe	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.845.000,00		1.845.000,00	796.423,71
Grundstücksan- und -verkäufe	Hochbaumaßnahmen	250.000,00		250.000,00	0,00
Gefahrenabwehr	Neubau Feuerwache 3	750.000,00		750.000,00	59.870,25
Gefahrenabwehr	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	373.500,00		373.500,00	1.849.113,79
Gefahrenabwehr	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150	188.100,00		188.100,00	160.982,81
Rettungsdienst	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	578.000,00		578.000,00	380.323,68
Katastrophenschutz	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	128.000,00		128.000,00	50.632,80
Gymnasien	C.J.Burckhardt-Gym/Mittagsvers	147.200,00	49.000,00	196.200,00	105.944,12
Gymnasien	Ernest.-Sch./Kranenkonvent/UN	648.000,00		648.000,00	723.639,21
Gymnasien	Thomas-Mann/Räume-Fahrstuhl	250.000,00		250.000,00	273.820,66
Gemeinschaftsschulen	St. Jürgen/ Mittagsversorgung	194.000,00	82.000,00	276.000,00	159.761,79
Gemeinschaftsschulen	Schule Vorwerk/Erweiterungsbau	1.888.000,00	-16.080,47	1.871.919,53	669.203,99
Gemeinschaftsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	107.200,00	77.746,00	184.946,00	61.140,72
Berufsschulen	BSZ Kerschensteiner Str.		255.806,74		0,00
Berufsschulen	BSZ Kerschensteiner Str.		216.586,43	216.586,43	0,00
Berufsschulen	BSZ Kerschensteiner Str.	6.921.000,00	-472.393,17	6.448.606,83	5.715.897,95
Berufsschulen	BSZ Dankwartsgrube	2.120.000,00		2.120.000,00	876.750,64
Berufsschulen	Nahrung-Gastron/Küche-Fachraum	500.000,00		500.000,00	136.862,33
Berufsschulen	Friedrich-List/San.Räume VHS	450.000,00		450.000,00	0,00
Förderung des Sports	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen privater Unternehmen	100.000,00	40.126,00	140.126,00	261.331,01
Sportstätten	Sporthalle Krümmling/Fußboden		320.000,00	320.000,00	0,00
Bark Passat/Passathafen	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	275.000,00		275.000,00	0,00
VHS Lübeck	Umbau alte Stadtschule für VHS	580.000,00		580.000,00	554.381,84
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Steinrade/Neubau	1.450.000,00		1.450.000,00	399.334,06
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 1.000 €	141.800,00	-85.000,00	56.800,00	36.925,15
Stadtplanung und -entwicklung	Sanierungsmaßn./Innenstadt	2.681.600,00	80.400,00	2.762.000,00	913.364,00
Stadtplanung und -entwicklung	Soziale Stadt Buntekuh	102.300,00	60.000,00	162.300,00	60.000,00
Aufgabenträgerschaft ÖPNV	Bushaltestellen	100.000,00		100.000,00	128.267,53
Aufgabenträgerschaft ÖPNV	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen verbundener Unternehmen	266.000,00		266.000,00	94.578,00
Gebäudemanagement	Stadtteilzentrum Burgtor/EEM	600.000,00		600.000,00	732.173,96
Gebäudemanagement	Kita Dornestraße/EEM	450.000,00	11.997,78	461.997,78	502.323,57
Gebäudemanagement	Umbau Stadtschule Travemünde	1.035.000,00	-91.485,00	943.515,00	67.066,00



Produkte	Bezeichnung Maßnahmen	Planansatz 2011	über-/außer- planmäßige Mittel	Summe Spalte 2 u. 3	Auszahlungen
		Euro	Euro	Euro	Euro
	1	2	3	4	5
Gebäudemanagement	Kita Rudolf-Groth-Park/EEM	455.000,00		455.000,00	21.300,63
Gebäudemanagement	Germanistenkeller Rathaus	1.125.500,00		1.125.500,00	123.700,94
Gebäudemanagement	GMS Moisling/Fassad.-Dach 2.BA	800.000,00		800.000,00	388.393,03
Gebäudemanagement	Holstentor-GMS/ EEM/KPII	1.000.000,00		1.000.000,00	1.127.197,49
Gebäudemanagement	Thomas-Mann-Sch./EEM 1.BA/KPII	2.240.000,00		2.240.000,00	2.417.198,41
Gebäudemanagement	Thomas-Mann-Sch./ EEM 2.BA	586.000,00		586.000,00	791.494,85
Gebäudemanagement	Holstentor-GMS/EEM 2.BA	800.000,00		800.000,00	401.999,36
Gebäudemanagement	Berend-Schröder/Turnhalle/KPII	1.133.000,00	-623.750,00	509.250,00	803.884,47
Gebäudemanagement	Sch.Lauerholz/Neubau Sporthalle	150.000,00		150.000,00	14.768,94
Gebäudemanagement	Schule Koggenweg/Sporthalle	1.080.000,00		1.080.000,00	0,00
Gebäudemanagement	Schule Lauerholz/ EEM 2. BA	279.300,00		279.300,00	0,00
Gebäudemanagement	Mühlenweg Schule/EEM	320.000,00		320.000,00	0,00
Gebäudemanagement	Salzspeicher/UNESCO	695.000,00		695.000,00	128.401,38
Gebäudemanagement	Katharinenkiche/UNESCO	400.000,00		400.000,00	215.852,61
Gebäudemanagement	Schulbau/Gottha-Kühl/Dach	374.000,00		374.000,00	242.924,11
Gebäudemanagement	Schulbau/Gottha-Kühl/Fenster	268.000,00		268.000,00	261.546,68
Gebäudemanagement	Schulbau/Roter Hahn/Fenster	416.900,00		416.900,00	405.828,01
Gebäudemanagement	Schulbau/Vorwerk/Fenster	104.300,00		104.300,00	95.913,75
Gebäudemanagement	Schulbau/Strakerjahn/Dach	300.000,00	40.000,00	340.000,00	233.784,39
Gebäudemanagement	Steinrader Weg/Brandschutz	600.000,00		600.000,00	0,00
Gebäudemanagement	Rathaus	325.000,00		325.000,00	112.744,40
Gebäudemanagement	Rathaushof	100.000,00		100.000,00	0,00
Gebäudemanagement	Anna-Siemsen-Sch./Sporthalle		620.000,00		549.114,57
Gebäudemanagement	Th.-Mann-Schule/Sporthalle	1.685.000,00	-660.000,00	1.025.000,00	1.091.569,57
Gebäudemanagement	Trave SZ/Dachsan. Sporthalle	450.000,00	30.000,00	480.000,00	41.052,42
Gebäudemanagement	Hochbaumaßnahmen	100.000,00	86.055,66	186.055,66	127.339,81
Gemeindestraßen	Sanierung von Fahrbahndecken	813.000,00	-200.000,00	613.000,00	2.245.808,92
Gemeindestraßen	Um- und Ausbau von Radwegen	150.000,00		150.000,00	164.248,05
Gemeindestraßen	Bahnhofsvorplatz	150.000,00		150.000,00	0,00
Gemeindestraßen	Achse Schrammen - Klingenberg	1.924.000,00		1.924.000,00	3.464.502,16
Gemeindestraßen	Posener Straße		110.000,00		571.427,00
Gemeindestraßen	Um-/Ausbau Regenwasserltg.	100.000,00	-89.033,00	10.967,00	61.222,33
Gemeindestraßen	Brückensanierungsprogramm	1.000.000,00	-377.000,00	623.000,00	0,00
Gemeindestraßen	Umbau Holstenstraße	200.000,00		200.000,00	0,00
Gemeindestraßen	Sanierung Treidelwegbrücke	150.000,00		150.000,00	0,00
Gemeindestraßen	Quartier Falkenstraße	100.000,00	-100.000,00	0,00	0,00
Gemeindestraßen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	240.000,00		240.000,00	219.336,84
Kreisstraßen	K13/Umgehung Steinrade	1.000.000,00		1.000.000,00	263.694,01
Kreisstraßen	Hafendrehbrücke	1.000.000,00		1.000.000,00	156.216,95
Kreisstraßen	Neubau A.d.Schießst./Kirschen.	130.000,00		130.000,00	0,00
Bundesstraßen	Neubau Bahnhofsbrücke	500.000,00		500.000,00	39.328,43
Bundesstraßen	Krempelsd. Allee/Fackenb.Allee	600.000,00		600.000,00	441.927,27
Bundesstraßen	Possehlbrücke/Ersatzneubau		327.000,00		28.063,78
Grün- und Landschaftsbau	Grüne Mitte Meesenplatz	419.800,00		419.800,00	866.017,75
Grün- und Landschaftsbau	Grundüberholung Spielplätze	100.000,00	-91.100,00	8.900,00	257.198,48
Grün- und Landschaftsbau	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	429.000,00	104.500,00	533.500,00	195.051,75
Friedhofs- und Bestattungswesen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	130.000,00		130.000,00	54.797,12
Wasser und Hafen	Fischereihafen Travemünde/Liegeplätze	380.000,00		380.000,00	0,00
Wasser und Hafen	Verrohrung Graben Travemünder Landstraße	180.000,00		180.000,00	0,00
Wasser und Hafen	Erneuerung Uferbefestigung Mühlenteich	200.000,00		200.000,00	0,00
Wasser und Hafen	Konstinbhf./Hafenumgehungsbahn	690.000,00		690.000,00	1.764.568,77
Wasser und Hafen	Konstinkai/Teilfläche	100.000,00		100.000,00	0,00
Wasser und Hafen	Skandinavienkai / Flächenanhebung	100.000,00		100.000,00	6.950,00
Wasser und Hafen	Skandinavienkai/Flächenausbau 2. BA	200.000,00		200.000,00	0,00



Produkte	Bezeichnung Maßnahmen	Planansatz 2011	über-/außer- planmäßige Mittel	Summe Spalte 2 u. 3	Auszahlungen
		Euro	Euro	Euro	Euro
1		2	3	4	5
Wasser und Hafen	Skandinavienkai/Umbau Anleger 7	500.000,00		500.000,00	70.409,00
Wasser und Hafen	Skandinavienkai/Verlängerung Anleger 7a	100.000,00		100.000,00	0,00
Wasser und Hafen	Skandikai/Bahnhof Gewerbegebiet Nord	700.000,00		700.000,00	9.590,01
Wasser und Hafen	Skandikai/Flächenausb. Südgate	470.000,00		470.000,00	0,00
Wasser und Hafen	Skandikai/Bhf Gewerbe Nord/DB	670.000,00		670.000,00	0,00
Wasser und Hafen	Seelandkai / 5. BA, Liegeplatz 4	100.000,00		100.000,00	0,00
Wasser und Hafen	Schlutupkai / 3. BA	1.000.000,00		1.000.000,00	0,00
Wasser und Hafen	Schlutupkai II/Fender Anleger II	150.000,00		150.000,00	0,00
Wasser und Hafen	Bhf. Skandikai/Ern.Gleis 4	310.000,00		310.000,00	231.587,71
Wasser und Hafen	Bhf. Skandikai/Weichenheizungen	100.000,00		100.000,00	0,00
Wasser und Hafen	Hafenbahn/Wagonerkennung	200.000,00		200.000,00	0,00
Wasser und Hafen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	140.000,00	81.250,00	221.250,00	163.414,83
		60.528.000,00	-395.670,25	58.819.523,01	37.279.710,09